

Hans Fenske

Der Anfang vom Ende des alten Europa

Die alliierte Verweigerung
von Friedensgesprächen
1914-1919



OLZOG
edition


lau verlag

Vor allem in der amerikanischen Delegation löste der Deutschland vorzulegende Vertragstext, als er endlich gedruckt war und im Zusammenhang gelesen werden konnte, Bedenken aus. Präsident Wilson sagte zu dem Mitglied seiner Delegation Ray S. Baker, er würde den Vertrag nicht unterschreiben, wenn er ein Deutscher wäre. Baker hielt den Vertrag für ein Instrument der Rache, und Außenminister Robert Lansing empfand ihn als unsagbar hart und demütigend für Deutschland und meinte, er werde Kriege eher hervorrufen als verhindern. Der französische Außenminister der Jahre 1914 und 1915, Théophile Delcassé, sagte im Oktober 1914 zum russischen Botschafter Iswolski, sein Ziel sei es, das Werk Bismarcks, das Deutsche Reich, zu zerschlagen. Ob das gelingen würde, war

zu jenem Zeitpunkt allerdings höchst zweifelhaft, die französische Regierung hatte sich nach Bordeaux zurückgezogen, da die deutschen Truppen Paris bedenklich nahegekommen waren. Bei der Ratifikation des Versailler Vertrags durch die Kammer der Deputierten 1919 verweigerte Delcassé seine Zustimmung. Einem Journalisten sagte er, die vorgesehenen hohen und über einen langen Zeitraum von Deutschland zu erbringenden Leistungen und Entschädigungszahlungen wirkten so, als wolle man die Deutschen dazu zwingen, einen neuen Krieg zu beginnen. Die Reparationsfrage hatte ab 1929 entscheidenden Anteil daran, dass die NSDAP zu einer Massenpartei wurde und Hitler damit die Möglichkeit erhielt, das Amt des Reichskanzlers für sich zu fordern. Aber

nicht an ihr entzündete sich der neue große Krieg, wie Delcassé befürchtet hatte, sondern an der Stellung Danzigs und an den mit der 1919 vorgenommenen Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen verbundenen Problemen. Der Zweite Weltkrieg erwuchs so aus der Regelung, gegen die sich der britische Premierminister David Lloyd George im März 1919 in seinem Memorandum von Fontainebleau entschieden gewandt und die er dabei als wahrscheinlichen Ausgangspunkt eines neuen Krieges im Osten Europas bezeichnet hatte.

Hätten die alliierten Spitzenpolitiker im Jahre 1919 bei ihren Beratungen über den Friedensvertrag die Auswirkungen ihrer Entscheidungen sorgsamer bedacht, so hätte die Entwicklung Europas nach 1919 einen anderen Verlauf genommen.

Die vorliegende Studie wurde erstmals unter dem Titel „Das Deutsche Reich und die Frage des Friedens 1914–1919“ veröffentlicht, in einer Sammlung von Aufsätzen des Verfassers zu den Jahren 1914 bis 1945, die die Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung in Neustadt an der Weinstraße ihm anlässlich seines damaligen Geburtstages gewidmet hat. Dem Olzog Verlag bin ich sehr dafür verbunden, sie in sein Programm aufgenommen zu haben.

Speyer, im März 2013 Hans Fenske

Zur Frage der Kriegsschuld

Unter den 440 Artikeln des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten und nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden am 10. Januar 1920 in Kraft getretenen Friedensvertrags zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und assoziierten Mächten löste keiner in Deutschland so viel Empörung aus wie der Art. 231, der „Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und Schäden“ bezeichnete, „welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den